

**Besprechung des Bundeskanzlers
mit den Regierungschefinnen und
Regierungschefs der Länder
am 2. Juni 2022**

**TOP 12 Bericht der Arbeitsgruppe zu einer Weiterentwicklung des
Tages der Deutschen Einheit sowie zu weiteren
erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen
Geschichte**

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den von der durch sie im Dezember beauftragten Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeiteten Bericht zu den Handlungsempfehlungen der Kommission

„30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ zur künftigen Ausgestaltung des Tages der Deutschen Einheit und zu weiteren erinnerungspolitisch bedeutsamen Daten der deutschen Geschichte zustimmend zur Kenntnis.

Protokollerklärung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern sieht in den vorliegenden Berichten einen Zwischenstand in der Debatte zur Zukunft des Tages der Deutschen Einheit als gemeinsamem Nationalfeiertag.

Es wird angeregt, die Ideen und Anregungen aus der Kommission „30 Jahre Deutsche Einheit“, die Kommentierungen und Debattenpapiere der Bund-Länder-Arbeits- und Unterarbeitsgruppe für die weitere Arbeit zusammenzuführen. Dabei sollten:

- die Gedanken zur künftigen (engeren) Zusammenarbeit von Bund und Ländern weitergeführt (z.B. die Grundidee einer gemeinsamen Geschäftsstelle für Kommunikations- und Organisationsfragen rund um die Veranstaltung des Tags der Deutschen Einheit beim Bund),

- die (haushalterische) Machbarkeit von konkreten Vorschlägen aus den Papieren geprüft (z.B. Kostenlos-Ticket für Museen / „Deutschland-Ticket“ der Bahn etc.),
- die Höhe der finanziellen Beteiligung des Bundes überprüft sowie
- die Idee der Schaffung einer gemeinsamen Marke „Tag der Deutschen Einheit“ weitergedacht werden.

Ausgehend von den vorliegenden Papieren wird eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur konzeptionellen Weiterentwicklung empfohlen, die zur nächsten Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 08.12.2022 berichten soll.

Protokollerklärung des Freistaats Thüringen

Nach einem Zeitraum von drei Jahren sollte geprüft werden, ob das vorgesehene Verfahren des über das Sekretariat des Bundesrats vorgesehenen Erfahrungsaustauschs zur Ausrichtung des Tages der Deutschen Einheit Tragfähigkeit besitzt oder ob andere institutionelle Lösungen gesucht werden sollten (zu II.1 des Berichts).

Soweit von Konzepten und anderen Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Tages der Deutschen Einheit die Akteurinnen und Akteure der Kultur und Zivilgesellschaft betroffen sind, sollten diese frühzeitig und in geeigneter Weise, z.B. bei der Konzepterstellung, einbezogen werden (zu II.2, II.5 und II.6 des Berichts).

Der 9. Oktober 1989 gilt als ein Durchbruchsmoment für die Friedliche Revolution in der DDR und damit für den Kampf für eine demokratische, gerechte und friedliche Gesellschaftsordnung. In Respekt vor den Beteiligten der Friedlichen Revolution in ihren unterschiedlichen Phasen erscheint es angemessen, das mutige, bürgerschaftlichen Engagement in der damaligen DDR mit einem bundesweiten Gedenktag zu würdigen (zu III.1 des Berichts).